

Germany-Landau: Architectural, engineering and planning services

OJ S 124/2023 30/06/2023

Contract notice

Services

Legal Basis:

Directive 2014/24/EU

Section I: Contracting authority

I.1. Name and addresses

Official name: Land Rheinland-Pfalz, vertreten durch das Ministerium der Finanzen, vertreten durch den Landesbetrieb Liegenschafts- und Baubetreuung, Niederlassung Landau, vertreten durch die Niederlassungsleitung

Postal address: Untertorplatz 1

Town: Landau

NUTS code: DEB33 Landau in der Pfalz, Kreisfreie Stadt

Postal code: 76829

Country: Germany

Contact person: LBB NL Koblenz, Zentrale Vergabestelle FbT, Hofstraße 257a, 56077 Koblenz

E-mail: VOFVergabe.Koblenz@LBBnet.de

Telephone: +49 2619701-0

Fax: +49 2619701-444

Internet address(es):

Main address: <http://www.lbb.rlp.de>

I.3. Communication

The procurement documents are available for unrestricted and full direct access, free of charge, at: <https://lbb.vergabe.rlp.de/VMPSatellite/notice/CXPLYDYLDH/documents>

Additional information can be obtained from the abovementioned address

Tenders or requests to participate must be submitted electronically via: <https://lbb.vergabe.rlp.de/VMPSatellite/notice/CXPLYDYLDH>

I.4. Type of the contracting authority

Regional or local authority

I.5. Main activity

Economic and financial affairs

Section II: Object

II.1. Scope of the procurement

II.1.1. Title

23D0168 - Amtsgericht Gernersheim Brandschutz und barrierefreier Zugang, Fachplanung Tragwerksplanung gem. Teil 4 Abschnitt 1 HOAI

Reference number: 23D0168

II.1.2. Main CPV code

71240000 Architectural, engineering and planning services

II.1.3. Type of contract

Services

II.1.4. Short description

Die Leistungen des Auftragnehmers (AN) umfasst die Fachplanung Tragwerksplanung gem. Teil 4 Abschn. 1 HOAI. Es sind die LPH 2-8 zu erbringen (aufgrund von Eigenleistungen in Teilbereichen auch Wegfall von Grund-/ bzw. Teilleistungen von Grundleistungen). Neben Grundleistungen sind Besondere Leistungen zu erbringen:

- Einarbeiten ins Projekt unter Berücksichtigung der vorliegenden Statischen Erkundungen bzw. Erkenntnisse aus der LPH_1
- Überprüfen vorliegender Tragwerksunterlagen auf Richtigkeit u. Abstimmung/Anpassung an die optimierten Grundlagen
- Bearbeitung unter Berücksichtigung, dass der koordinierende FBT Objektplanung Gebäude die Zielvereinbarung Silberstandard (ohne Zertifizierung) gem. Leitfaden Nachhaltiges Bauen einzuhalten hat
- Beratung bei der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung (WU) des FBT Objektplanung Gebäude für die Interimsunterbringung
- Nachweise zur Erdbebensicherung.
- Nachweise zum konstruktiven Brandschutz
- Nachweise zu nicht zum Tragwerk gehörenden Konstruktionen (wie z. Bsp. Fassaden)
- Prüfen/Werten von Nebenangeboten
- Ingenieurtechnische Kontrolle auf Übereinstimmung mit Prüfstatik
- Mitwirken bei der Überwachung der Ausführung Tragwerkseingriffe im Bestand

Zunächst werden nur Leistungen zur Erstellung der HU-Bau (LPH 2- 4) beauftragt. Es ist beabsichtigt die weiteren Leistungen nach Genehmigung der Unterlage stufenweise zu beauftragen (Stufenvertrag). Ein Rechtsanspruch auf Übertragung der weiteren Leistungen sowie der Besonderen Leistungen besteht nicht.

II.1.5. Estimated total value

II.1.6. Information about lots

This contract is divided into lots: no

II.2. Description

II.2.3. Place of performance

NUTS code: DEB3E Germersheim

Main site or place of performance: Germersheim

II.2.4. Description of the procurement

Das Amtsgericht Germersheim liegt in der Innenstadt von Germersheim, in direkter Nähe der Queich (Gewässer 2. Ordnung). Die Gerichtsräume befinden sich aktuell in zwei mittlerweile miteinander verbundenen historischen Gebäudeteilen, welche in den Jahren 1853-1865 entstanden. Sie wurden ursprünglich als Amtsgericht und Gefängnis genutzt. Die beiden Gebäudeteile wurden aus Sandstein-Mauerwerk mit Holzbalkendecken errichtet, sie sind nur teilunterkellert. Aufgrund der ursprünglichen Nutzung unterscheiden sich die Geschosshöhen, so dass sich Höhenunterschiede zwischen den einzelnen Ebenen der beiden Gebäudeteile ergeben.

Um den Dienstbetrieb auch in Zukunft gewährleisten zu können, sind umfangreiche Maßnahmen notwendig, wie z.B. die durchgängige barrierefreie Erschließung durch Schaffung eines neuen Eingangs incl. Pforte, der Anbau eines Treppenhauses mit Aufzug, allgemeine Ertüchtigung des Brandschutzes und die Verbesserung der Statik der Holzbalkendecken. Gleichzeitig müssen auch die haustechnischen Einrichtungen ertüchtigt bzw. ersetzt werden wie z.B. Wärmeerzeugungsanlagen, Elektro- und IT-Verkabelung sowie Sanitäranlagen. Der Bau einer Photovoltaikanlage auf bestehender Dachfläche sowie die Anforderungen zur Elektromobilität bei öffentlichen/sonstigen Gebäuden sind umzusetzen. Die Energetische Optimierung und die Anforderungen des Nachhaltigen Bauens unter Berücksichtigung der Wirtschaftlichkeit sind umzusetzen. Die Bearbeitung hat nach dem Bewertungssystem Nachhaltiges Bauen (BNB)-mit Erreichung des Silberstandards (unzertifiziert) zu erfolgen.

Da die Grundstücksgröße nur sehr geringe Ausweichmöglichkeiten auf eigenem Gelände zulässt, ist als Basis des Freizuges Amtsgericht eine Interimslösung notwendig. Diese wird im Rahmen einer Wirtschaftlichkeitsuntersuchung durch den Architekten untersucht, dazu wird die Unterstützung bei Statischen Belangen notwendig. Info: Die Entscheidung zur Interimslösung hat keine Auswirkungen auf die beauftragten Leistungen am Hauptgebäude (Bestandsbau und neuer Kopplungsbau).

BGF (Bestandsgebäude + Anbau Treppenhaus): ca. 2.160 m² Prüfung folgt
Geschätzte Baukosten (brutto): 2.600.000 EUR (KG 300), 1.200.000 EUR (KG 400)
Termine: Start 09/2023, HU-Bau 05/2024, Bauausführ. 09/25-03/28, Übergabe 04/2028

II.2.5. Award criteria

Price is not the only award criterion and all criteria are stated only in the procurement documents

II.2.6. Estimated value

II.2.7. Duration of the contract, framework agreement or dynamic purchasing system

Duration in months: 55

This contract is subject to renewal: no

II.2.9. Information about the limits on the number of candidates to be invited

Envisaged minimum number: 3 Maximum number: 5 Objective criteria for choosing the limited number of candidates:

Die Auswahl der Teilnehmer erfolgt nach Prüfung der Vollständigkeit der nach III.1.1) bis III.1.3) vorzulegenden Erklärungen und Nachweise auf der Grundlage einer einheitlichen Bewertungsmatrix, welche in den Vergabeunterlagen ("Aufforderung zum Teilnahmewettbewerb") aufgeführt und näher erläutert ist. Folgende Eignungskriterien werden gewertet: Jahresumsatz, Jahresumsatz in dem Tätigkeitsbereich des Auftrags, Zahl der Fachkräfte der Fachrichtung Tragwerksplanung, Anzahl und Qualität der Referenzen, Maßnahmen zur Qualitätssicherung, BNB Bearbeitung nach dem Bewertungssystem Nachhaltiges Bauen (BNB).

Die Bewerber mit der höchsten Bewertung werden zur Verhandlung aufgefordert. Bei Punktgleichheit von mehr als 5 Bewerbern entscheidet das Los über die Teilnahme am weiteren Verhandlungsverfahren.

II.2.10. Information about variants

Variants will be accepted: no

II.2.11. Information about options

Options: yes

Description of options:

Der AG behält sich eine stufenweise Beauftragung der einzelnen Leistungen entsprechend RBBau-Vertragsmuster vor. Die in den einzelnen Leistungsstufen zu erbringenden Grundleistungen der Leistungsphasen nach § 51 HOAI gliedern sich wie folgt: Leistungsstufe 1 (LPH 1, 2 und 3), Leistungsstufe 2 (LPH 4 und 5), Leistungsstufe 3 (LPH 6 und Besondere Leistungen der LPH 7 nach Anlage 14 zu § 51 HOAI), Leistungsstufe 4 (Besondere Leistungen der LPH 8 nach Anlage 14 zu § 51 HOAI) und Leistungsstufe 5 (Besondere Leistungen der LPH 9 nach Anlage 14 zu § 51 HOAI). Ein Rechtsanspruch auf Übertragung der Leistungen besteht nicht.

Bei stufenweiser Beauftragung kann der AN den Vertrag innerhalb einer Frist von einem Monat kündigen, wenn der AG die Leistungen für die jeweils folgende Stufe nicht innerhalb einer angemessenen Frist abrufen. Eine solche angemessene Frist endet im Regelfall nicht vor Ablauf von 6 Monaten nach vollständiger Erfüllung der Leistungen der vorangegangenen Stufe.

Mit Vertragsschluss erfolgt zunächst die Beauftragung der Leistungsphase 2. Es ist beabsichtigt die weiteren o.g. Leistungen stufenweise zu beauftragen (Stufenvertrag). Ein Rechtsanspruch auf Übertragung der weiteren Leistungen sowie der besonderen Leistungen besteht nicht.

II.2.13. Information about European Union funds

The procurement is related to a project and/or programme financed by European Union funds: no

II.2.14. Additional information

Zu Ziffer II.2.7) Laufzeit des Vertrags:

Die genannte Vertragslaufzeit beinhaltet nicht die Dauer von 4 Jahren für den Anspruch auf Mängelbeseitigung gem. § 13 Abs. 4 VOB/B

Angaben zur Verhandlung

Der AG behält sich vor, die Verhandlungsgespräche in Form einer Videokonferenz durchzuführen od. den Zuschlag auf Grundlage der mit dem Honorarangebot eingereichten Präsentationen zu vergeben, ohne Verhandlungsgespräche durchzuführen.

.

Section III: Legal, economic, financial and technical information

III.1. Conditions for participation

III.1.1. Suitability to pursue the professional activity, including requirements relating to enrolment on professional or trade registers

List and brief description of conditions:

.

Vorlage eines aktuellen Auszugs aus dem einschlägigen Berufs-, Handels- oder Partnerschaftsregister (nicht älter als 2 Monate vor dieser Bekanntmachung) oder in Ermangelung eines solchen, eine aktuelle Bescheinigung einer Gerichts- oder Verwaltungsbehörde des Ursprungs- oder Herkunftslandes, sofern die Gesellschaftsform dies erfordert.

.

Erklärung, ob die in den §§ 123 und 124 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) genannten Ausschlussgründe vorliegen (einschließlich der Ausschlussgründe nach § 21 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes, § 98c des Aufenthaltsgesetzes, § 19 des Mindestlohngesetzes).

.

III.1.2. Economic and financial standing

List and brief description of selection criteria:

.

Als Nachweis ist mit dem Bewerbungsbogen vorzulegen: eine aktuelle Versicherungspolice einer Berufshaftpflichtversicherung oder eine schriftliche Erklärung der Versicherung ohne Vorbehalte und nicht älter als 3 Monate, den geforderten Versicherungsschutz im Auftragsfall zur Verfügung zu stellen.

.

Der Auftragnehmer / die Arbeitsgemeinschaft muss eine Berufshaftpflichtversicherung während der gesamten Vertragszeit unterhalten und ist verpflichtet dem AG jährlich eine aktuelle Versicherungsbescheinigung vorzulegen. Er/Sie hat zu gewährleisten, dass zur Deckung eines Schadens aus dem Vertrag Versicherungsschutz in Höhe der im Vertrag genannten Deckungssummen besteht. In jedem Fall ist der Nachweis zu erbringen, dass die Maximierung der Ersatzleistungen pro Versicherungsjahr mindestens das Zweifache der Deckungssumme beträgt.

.

Bei einer Arbeitsgemeinschaft (ARGE) muss der Versicherungsschutz auf die ARGE ausgestellt sein. Alternativ kann eine gleichlautende Versicherung aller ARGE-Mitglieder vorgelegt werden, wenn gerade auch die Tätigkeit in einer ARGE mit Haftung für die gesamte ARGE mitversichert ist; aus der Bescheinigung muss eindeutig hervorgehen, dass diese Tätigkeit in einer ARGE mit Außenhaftung für die gesamte ARGE enthalten ist.

.

Erklärungen des Bewerbers (Einzelunternehmen bzw. Bewerbergemeinschaft) gem. § 45 Abs. 1 Nr. 1 VgV über den allgemeinen Jahresumsatz und den spezifischen Jahresumsatz in dem

Tätigkeitsbereich des Auftrags. Die Jahresumsätze der Mitglieder einer
Bewerbergemeinschaft bzw. der benannten Nachunternehmer, welche die Leistungen
tatsächlich erbringen, werden aufaddiert.

Minimum level(s) of standards possibly required:

Als Mindeststandards werden gefordert:

Berufshaftpflichtversicherung des Auftragnehmers / der Arbeitsgemeinschaft mit einer
Deckungssumme von mind. 1.500.000,- EUR für Personenschäden und von mind. 1.000.000,-
EUR für sonstige Schäden bei einem, in einem Mitgliedsstaat der EU oder eines
Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum zugelassenen
Versicherungsunternehmens oder Kreditversicherers.

Der allgemeine Mindestjahresumsatz (brutto) der letzten drei abgeschlossenen
Geschäftsjahre muss mind. 75.000,- EUR pro Jahr betragen und der spezifische
Mindestumsatz brutto im Tätigkeitsbereich des Auftrags (Fachplanung Tragwerksplanung
gem. Teil 4 Abschnitt 1 HOAI) der letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre muss mind.
50.000,- EUR pro Jahr betragen.

III.1.3. Technical and professional ability

List and brief description of selection criteria:

Zum Nachweis der fachlichen Eignung hat der Bewerber Nachweise und Erklärungen gem. §
46 Abs. 3 Nrn. 1, 2, 3, 6, 8, 9, 10 VgV, wie nachfolgend näher beschrieben, einzureichen.
Entsprechende Formblätter werden mit den Vergabeunterlagen zur Verfügung gestellt.

Die nachfolgend im Einzelnen aufgeführten technischen Fachkraft ist gem. § 46 Abs. 3 Nrn. 2
und 6 VgV namentlich zu benennen und mit beruflicher Qualifikation anzugeben:

- der Projektleiter (PL),

Die in den Mindeststandards geforderten beruflichen Qualifikationen sind nachzuweisen.

Für den Bewerber/das Unternehmen, den Projektleiter und den Bauleiter sind aussagekräftige
projektbezogene Referenzunterlagen über früher ausgeführte Dienstleistungsaufträge
einzureichen. Es werden alle Referenzen über einschlägige Dienstleistungsaufträge
berücksichtigt, die in den letzten 10 Jahren (Beginn ab 01.01.2013) erbracht wurden und die
geforderten Mindeststandards erfüllen.

Zu den Referenzprojekten sind folgende Mindestangaben über ein Projektdatenblatt
abzugeben:

- Kurzbezeichnung und Art der Baumaßnahme
- Auftraggeber mit Name und Anschrift
- Bruttogeschossfläche (BGF nach DIN 277)
- Schwierigkeitsgrad (Honorarzone)
- erbrachte Leistungsphasen
- Leistungszeitraum (von/bis)
- Rechnungswert (Honorar, netto)
- Bearbeitung nach dem Bewertungssystem Nachhaltiges Bauen (BNB)
- Kurze und Aussagekräftige Beschreibung der Maßnahme

.
Der Bewerber hat des Weiteren eine Erklärung abzugeben, aus der die durchschnittliche jährliche Beschäftigtenzahl des Bewerbers in den letzten drei Jahren sowie die Zahl seiner Fachkräfte in der Fachrichtung Tragwerksplanung ersichtlich ist (§ 46 Abs. 3 Nr. 8 VgV).

.
Der Bewerber hat eine Erklärung beizufügen aus der hervorgeht, über welche Ausstattung, welches Gerät und welche technische Ausstattung er für die Dienstleistung verfügt (§ 46 Abs. 3 Nr. 9 VgV).

.
Der Bewerber hat die Maßnahmen zur Qualitätssicherung zu beschreiben (§ 46 Abs. 3 Nr. 3 VgV) und anzugeben, welche Teile des Auftrages er unter Umständen als Unterauftrag zu vergeben beabsichtigt und - soweit bekannt - die Namen der vorgesehenen Unterauftragnehmer zu nennen (§§ 46 Abs. 3 Nr. 10, 36 VgV).

.
Minimum level(s) of standards possibly required:

.
Als Mindeststandards werden gefordert:

Der Projektleiter muss eine abgeschlossene Hochschulausbildung (Dipl.-Ing. Univ./TU/TH/FH, Master bzw. Bachelor) der Fachrichtung Bauingenieurwesen mit Schwerpunkt konstruktiver Ingenieurbau / Tragwerksplanung und eine Berufserfahrung von mind 5 Jahren in dieser Fachrichtung nach Studienabschluss nachweisen.

.
Für die Referenzobjekte gelten folgende Mindestanforderungen:

.
Bewerber/ das Unternehmen

Wertungskriterium 1:

Mind. 1 Referenz über die Erbringung der Leistungen gem. § 51 LPH 2-6 und besondere Leistungen zu LPH 8 gem. Anlage 14 für den Umbau / Sanierung einer Arbeitsstätte im laufenden Betrieb mit mind. 1.000 qm BGF. Schwierigkeitsgrad der Tragwerksplanung: mind. Honorarzone III.

Aktueller Leistungsstand der Referenz: Ingenieurtechnische Kontrolle (LPH 8) oder Bauausführung abgeschlossen.

.
Wertungskriterium 2:

Mind. 1 Referenz über die Erbringung der Leistungen gem. § 51 LPH 2 - 6 und besondere Leistungen zu LPH 8 gem. Anlage 14 für den Neu- / Umbau / Erweiterung / Sanierung eines öffentl. Gebäudes mit mind. 1.000 qm BGF. Schwierigkeitsgrad der Tragwerksplanung: mind. Honorarzone III.

Aktueller Leistungsstand der Referenz: Ingenieurtechnische Kontrolle (LPH 8) oder Bauausführung abgeschlossen.

.
Projektleiter (PL)

Wertungskriterium:

Mind. 1 Referenz über die Erbringung der Leistungen gem. § 51 LPH 2-6 und besondere Leistungen zu LPH 8 gem. Anlage 14 für den Umbau / Sanierung einer Arbeitsstätte im laufenden Betrieb mit mind. 1.000 qm BGF. Schwierigkeitsgrad der Tragwerksplanung: mind. Honorarzone III.

Aktueller Leistungsstand der Referenz: Ingenieurtechnische Kontrolle (LPH 8) oder Bauausführung abgeschlossen.

Die durchschnittliche jährliche Zahl seiner Fachkräfte der Fachrichtung Tragwerksplanung in den letzten drei Jahren muss mind. 2 Beschäftigte betragen.

Für die Ausführung des Auftrags sind EDV-Schnittstellen zum Datenaustausch von CAD-Zeichnungen (mind. DXF u. DWG) und Leistungsverzeichnissen (mind. GAEB 1990) erforderlich.

III.2. Conditions related to the contract

III.2.1. Information about a particular profession

Execution of the service is reserved to a particular professionReference to the relevant law, regulation or administrative provision:

Teilnahmeberechtigt sind nach § 75 VgV natürliche Personen, die nach dem für die Auftragsvergabe geltenden Landesrecht berechtigt sind, die Berufsbezeichnung Ingenieur oder Beratender Ingenieur zu tragen und in der Bundesrepublik Deutschland entsprechend tätig zu werden. Ein entsprechender Nachweis ist vorzulegen.

Juristische Personen oder Bewerbergemeinschaften sind teilnahmeberechtigt, wenn sie für die Durchführung der Aufgabe einen verantwortlichen Berufsangehörigen nennen, der die vorgenannten Anforderungen erfüllt.

Auswärtige Bewerber mit der Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaates der Europäischen Union oder eines Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum erfüllen die fachliche Voraussetzung für ihre Bewerbung, wenn ihre Berechtigung zur Führung der benannten Berufsbezeichnung nach der Richtlinie 2005/36/EG über die Anerkennung von Berufsqualifikationen, geändert durch die Richtlinie 2013/55/EU, gewährleistet ist.

III.2.2. Contract performance conditions

Die Teilnahme von Bewerbergemeinschaften ist unter der Voraussetzung zulässig, dass diese im Auftragsfall die Form einer Arbeitsgemeinschaft annehmen, einen bevollmächtigten Vertreter bestimmen und sich vertraglich zur gesamtschuldnerischen Haftung verpflichten (siehe Bewerbungsbogen zum Teilnahmewettbewerb).

III.2.3. Information about staff responsible for the performance of the contract

Obligation to indicate the names and professional qualifications of the staff assigned to performing the contract

Section IV: Procedure

IV.1. Description

IV.1.1. Type of procedure

Competitive procedure with negotiation

IV.1.3. Information about a framework agreement or a dynamic purchasing system

IV.1.5.

Information about negotiation

The contracting authority reserves the right to award the contract on the basis of the initial tenders without conducting negotiations

IV.1.8. Information about the Government Procurement Agreement (GPA)

The procurement is covered by the Government Procurement Agreement: yes

IV.2. Administrative information

IV.2.2. Time limit for receipt of tenders or requests to participate

Date: 26/07/2023 Local time: 23:59

IV.2.3. Estimated date of dispatch of invitations to tender or to participate to selected candidates

IV.2.4. Languages in which tenders or requests to participate may be submitted

German

Section VI: Complementary information

VI.1. Information about recurrence

This is a recurrent procurement: no

VI.3. Additional information

.

1).Bewerbergemeinschaften (BGen)

BGen, die sich erst nach der Einreichung des Teilnahmeantrages gebildet haben, werden nicht zugelassen. Mehrfachbewerbungen einzelner Mitglieder einer BGen sind unzulässig u. führen zum Ausschluss aller betroffenen BGen.

.

Für jedes Mitglied der BG ist ein eigener mit den erforderlichen Angaben ausgefüllter Bewerbungsbogen einzureichen. Liegt bei einem Mitglied einer BG ein zwingender Ausschlussgrund nach § 123 GWB od. ein fakultativer Ausschlussgrund nach § 124 GWB vor, so muss dieses Mitglied ersetzt werden.

.

Bei BGen sind nur ein Projektleiter und ein Bauleiter zu benennen. Die Leistungsabgrenzung innerhalb der BG ist darzustellen.

.

2) Eignungsleihe (§ 47 VgV)

Beabsichtigt der Bewerber im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche u. finanzielle sowie die technische u. berufliche Leistungsfähigkeit die Kapazitäten eines anderen Unternehmens in Anspruch zu nehmen u. erfüllt dieses Unternehmen die entsprechenden Eignungskriterien nicht od. liegt bei diesem Unternehmen ein zwingender Ausschlussgrund nach § 123 GWB od. ein fakultativer Ausschlussgrund nach § 124 GWB vor, so muss dieses Unternehmen ersetzt werden. Für jedes Unternehmen, dessen Kapazitäten in Anspruch genommen werden sollen, ist ein eigener mit den erforderlichen Angaben ausgefüllter Bewerbungsbogen einzureichen. Zum Nachweis, dass dem Bewerber die erforderlichen Kapazitäten des anderen Unternehmens zur Verfügung stehen, hat er eine entsprechende Verpflichtungserklärung dieses Unternehmens mit dem Teilnahmeantrag vorzulegen.

.

3) Unteraufträge (§ 36 VgV)

Beabsichtigt der Bewerber eine Unterauftragsvergabe, so hat der Bewerber die Teile des Auftrags, die er an Dritte zu vergeben beabsichtigt, u. - soweit bekannt - die Namen der vorgesehenen Unterauftragnehmer zu benennen. Der Bewerber hat mit dem Teilnahmeantrag im Bewerbungsbogen Angaben zu den vorgesehenen Unterauftragnehmern u. dessen Vertretern sowie Erklärungen zum Vorliegen von Ausschlussgründen zu machen. Zum Nachweis, dass dem Bewerber die erforderlichen Mittel der anderen Unternehmen zur Verfügung stehen, hat er vor Zuschlagserteilung entsprechende Verpflichtungserklärungen vorzulegen.

4) Vergabeunterlagen/Teilnahmeantrag

Für den Teilnahmeantrag sind die vom Auftraggeber zur Verfügung gestellten Formulare bzw. die Einheitliche Europäische Eigenerklärung (EEE) zu verwenden u. bei der unter Ziffer I.1) angegebenen Kontaktstelle vollständig ausgefüllt, elektronisch in Textform (§ 126b BGB) u. in deutscher Sprache über den Vergabemarktplatz Rheinland-Pfalz (VMP RLP) www.vergabe.rlp.de einzureichen. Die Unterlagen sind im Projektraum im Bereich "Teilnahmeanträge" hochzuladen.

Eine Unterschrift od. Signatur auf dem Bewerbungsbogen ist nicht erforderlich. Es ist jedoch zwingend an der dafür vorgesehenen Stelle der Name der bevollmächtigten, natürlichen Person anzugeben, die für den Bewerber die Eigenerklärung abgibt.

Der Teilnahmeantrag muss die im Bewerbungsbogen geforderten Erklärungen u. Nachweise enthalten. Die Angaben sind wahrheitsgemäß zu machen. Änderungen des Bewerbers an seinen Eintragungen müssen zweifelsfrei sein. Änderungen an den Vergabeunterlagen sind unzulässig.

Nicht form- u. fristgerecht od. in Papierform eingereichte Teilnahmeanträge/ Bewerbungsbögen u. Unterlagen bzw. formlose Anträge, die nicht unter Verwendung der Formulare des Auftraggebers bzw. der EEE gestellt werden, werden vom weiteren Vergabeverfahren ausgeschlossen.

5) Erhalt der Vergabeunterlagen/Aufforderung zum Teilnahmewettbewerb

Die Vergabeunterlagen werden ausschließlich auf dem VMP RLP www.vergabe.rlp.de zur Verfügung gestellt. Diese können dort kostenlos bis zum Schlusstermin für den Eingang der Angebote od. Teilnahmeanträge (vgl. Ziff. IV.2.2) heruntergeladen u. Nachrichten der Vergabestelle eingesehen werden. Es gelten hierfür die AGB des VMP RLP.

6) Kommunikation

Die Kommunikation erfolgt ausschließlich über den VMP RLP www.vergabe.rlp.de.

Bekanntmachungs-ID: CXPLYDYLDH

VI.4. Procedures for review

VI.4.1. Review body

Official name: Vergabekammer Rheinland-Pfalz beim Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau

Postal address: Stiftsstraße 9

Town: Mainz

Postal code: 55116

Country: Germany

E-mail: vergabekammer.rlp@mwwlvw.rlp.de

Telephone: +49 6131162234

Fax: +49 6131162113

VI.4.3. Review procedure

Precise information on deadline(s) for review procedures:

.

Gemäß § 160 Absatz 3 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) ist ein Verstoß gegen Vergabevorschriften innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen nach Erkenntnis gegenüber dem Auftraggeber zu rügen. Verstöße gegen Vergabevorschriften, 1. die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, sind spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber zu rügen.

.

2. die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, sind spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber zu rügen.

.

Bei Zurückweisung einer Rüge beträgt die Frist für die Beantragung eines Nachprüfungsverfahrens vor der Vergabekammer 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen.

.

VI.5. Date of dispatch of this notice

26/06/2023